

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Rat der Stadt Schwelm		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm		
Datum 28.09.2017	Beginn 17:00 Uhr	Ende 19:17 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Bosselmann, Ralf
Christoforidou, Elissavet
Hortolani, Frauke Dr.
Kaufmann, Michaela Dr.
Kick, Hans-Werner
Kirschner, Thorsten ab 17:36 Uhr - TOP A 8.1
Philipp, Gerd
Schier, Klaus Peter
Tempel, Gabriele
Wapenhans, Detlef
Flüshöh, Oliver
Happe, Andreas
Heinemann, Manfred
Kampschulte, Matthias
Lenz, Heinz-Jürgen ab 18:59 Uhr - TOP A 20
Lusebrink, Hans-Otto
Müller, Michael
Rüttershoff, Heinz-Joachim bis 18:20 Uhr - TOP A 10
Sartor, Christiane
Thier, Heinz Georg
Zeilert, Hans-Jürgen
Beckmann, Philipp J.
Pfeffer, Jörg
Schwunk, Michael
Stark, Wolfgang
Gießwein, Brigitta
Gießwein, Marcel
Weidenfeld, Uwe
Bockelmann, Christian Dr.
Garn, Elke
Kranz, Jürgen
Burbulla, Johanna
Huppelsberg, Wulf
Stutzenberger, Olaf

Vorsitzende

Grollmann, Gabriele

Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR

Flocke, Markus

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Appelkamp-Decker, Annika

Fröhlecke, Ramona

Guthier, Wilfried

Heringhaus, Petra

Jansen, Matthias

Lache, Wolfhard

Menke, Olaf

Mollenkott, Marion

Müller, Ursula

Passehl, Margit

Rath, Christiane

Runke, Gina

Schweinsberg, Ralf

Striebeck, Thomas

Tilly, Horst

Schriftführer/in

Söhner, Edeltraud

Abwesend:

Mitglieder

Philipp, Sylvia Dr.

Weidner, Johnnie

Feldmann, Jürgen

Lubitz, Eleonore

A Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|-----|---|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n | |
| 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 3 | Bestellung einer Schriftführerin | 154/2017 |
| 4 | Ehrung von Ratsmitgliedern | |
| 5 | Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 06.07.2017 | |
| 6 | Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung | |
| 7 | Mitteilungen der Bürgermeisterin | |
| 8 | Zentralisierung | |
| 8.1 | Zentralisierung der Stadtverwaltung am Standort "Alte Brauerei" | 155/2017 |
| 8.2 | Vorstellung des Projektsteuerers | |
| 9 | a) Jahresabschluss 2016 der Technischen Betriebe Schwelm AöR (nur Verwaltungsrat)
b) Ausübung des Weisungsrechtes gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat) | 106/2017 |
| 10 | Einbringung der Haushaltssatzung sowie des Haushaltsplanes und des Haushaltssanierungsplanes für das Haushaltsjahr 2018 | 141/2017 |
| 11 | Ausschussumbesetzung im Finanzausschuss | 146/2017 |
| 12 | Bürgeranregung nach § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) "Adressweitergabe an Bundeswehr - Widerspruch erleichtern" vom 18.07.2017 | 132/2017 |
| 13 | Fortschreibung des Einzelhandelskonzepts
- Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit
- Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange | 122/2017 |

14	(Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1, Satz 2 GO von überplanmäßigen Auszahlungen bei den Haushaltsstellen 01.01.13/0090.785110 - "Hochbauinvestitionen eigene Sportstätten" und 01.01.13/0001.783100 - "Erwerb von Vermögensgegenständen > 410,-- EUR"	121/2017
15	Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen im Produkt 06.03.08 - Unterhaltsvorschussleistungen -	166/2017
16	Feststellung des Jahresabschlusses 2016 der Stadt Schwelm	133/2017
17	Einbringung des Entwurfs des Gesamtabchlusses 2010 der Stadt Schwelm	134/2017
18	Aufnahme des DEHOGA Westfalen - Hotel- und Gaststättenverbandes Westfalen e.V. als Gesellschafter der Wirtschaftsförderungsagentur Ennepe-Ruhr GmbH (EN-Agentur)	140/2017
19	Einführung eines Dokumentenmanagementsystems (DMS); Absichtserklärung zur Beteiligung am Kompetenzzentrum Witten im Rahmen einer Interkommunalen Zusammenarbeit - Letter of Intent -	143/2017
20	Erlass einer Benutzungsgebührensatzung für das Gebäude Kaiserstr. 69	147/2017/1
21	Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 20.07.2017 – „Neuerrichtung des Ibachsteg“	125/2017
22	Bewirtschaftung der Sportanlage "An der Rennbahn"	153/2017
23	Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung	

Die Bürgermeisterin Frau Gabriele Grollmann begrüßt alle Anwesenden zur heutigen Ratssitzung und spricht zu aller erst allen Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung am 03.07.2017 Geburtstag hatten, nachträgliche Geburtstagsglückwünsche aus.

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Anschließend eröffnet Frau Grollmann die heutige Sitzung.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht zur heutigen Sitzung eingeladen worden sei und Beschlussfähigkeit vorliege.

Zur Tagesordnung gibt sie zunächst Hinweise zu Vorlagen, die im Nachgang zur Einladung versendet worden seien und zu der durch Vorlage 147/2017/1 zu ersetzenden Vorlage 147/2017, die hinsichtlich der Benutzungsgebührensatzung die abgeänderte Version aus dem Finanzausschuss beinhalte.

Des Weiteren schlägt sie aus Gründen der Dringlichkeit vor, die Tagesordnung um Vorlage 166/2017– Bewilligung überplanmäßiger Aufwendungen im Bereich der Unterhaltsvorschussleistungen – zu erweitern, und als neuen TOP A 15 einzugliedern.

Analog zum Vorgehen im Hauptausschuss schlägt sie ebenfalls vor, TOP A 13 – die Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes mit VL 122/2017 von der Tagesordnung abzusetzen, da hier eine Vorberatung im Fachausschuss und anschließend erst weitere Behandlung im Hauptausschuss und Rat gewünscht worden war.

Herr Gießwein beantragt, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 20.07.2017 „Neuerrichtung des Ibachstegs“ (Vorlage 125/2017) ebenso wie das Einzelhandelskonzept von der Tagesordnung abzusetzen, da auch dieser zunächst im Fachausschuss vorberaten werden sollte, bevor er über den Hauptausschuss in den Rat gehe. Das gleiche beantrage er für den Tagesordnungspunkt „Bewirtschaftung der Sportanlage „An der Rennbahn““ mit Vorlage 153/2017.

Frau Grollmann ruft sodann zu nachstehenden Abstimmungen auf:

- Abstimmung über die von Herrn Gießwein beantragte Absetzung des Antrags der Fraktion DIE LINKE. vom 20.07.2017 „Neuerrichtung des Ibachstegs“ (Vorlage 125/2017)

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

- Abstimmung über die von Herrn Gießwein beantragte Absetzung des TOP „Bewirtschaftung der Sportanlage „An der Rennbahn““ mit Vorlage 153/2017

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

- Abstimmung über die von ihr vorgetragene Ergänzung der Tagesordnung um Vorlage 122/2017 als TOP A 15

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

3 Bestellung einer Schriftführerin

154/2017

Beschluss:

Frau Gina Runke wird zur Schriftführerin für den Rat bestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

4 Ehrung von Ratsmitgliedern

Als nächstes ehrt Frau Bürgermeisterin Grollmann Herrn Gerd Philipp für seine 20-jährige und Herrn Michael Schwunk für seine 15-jährige ehrenamtliche Tätigkeit im Rat der Stadt Schwelm und überreicht ihnen entsprechende Urkunden.

5 Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 06.07.2017

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes gibt Frau Grollmann dem Rat zunächst zur Kenntnis, dass sie im Vorfeld zur Sitzung Einwände des Herrn Gießwein gegen die Protokollierung der Ratssitzung vom 06.07.2017 zu Tagesordnungspunkt 12.2 – Ziffer 2 des Beschlussvorschlages – erreicht habe. Der Wortlaut der Niederschrift unter Einbeziehung der Anregung des Herrn Flühöh laute:

„Der Rat der Stadt Schwelm beauftragte die Verwaltung nach Vorgabe des AK Zentralisierung unter Hinzuziehung der Kanzlei Baumeister & Partner den Projektsteuerer als Geschäft der laufenden Verwaltung in Bindung an den Beschluss dieses Gremiums für das Projekt „Zentralisierung der Stadtverwaltung am Standort Alte Brauerei“ in den Sommerferien 2017 auszuwählen“ –

Herr Gießwein wünsche die Streichung der 4 Wörter „am Standort Alte Brauerei“ aus dem Beschluss.

Sie habe mit gestriger Email bereits hierzu mitgeteilt, dass es sich durch die von der Schriftführerin und ihr unterzeichneten Niederschrift über die Ratssitzung vom 06.07.2017 um ein öffentliche Urkunde mit der Bedeutung eines Beweismittels handle und eine nachträgliche Änderung dieser Niederschrift nicht zulässig sei. Gleichzeitig habe sie darauf hingewiesen, dass der Änderungswunsch jedoch über die Niederschrift zur heutigen Ratssitzung protokolliert würde. Damit sei eine dauerhafte Dokumentation des Änderungswunsches des Herrn Gießwein sichergestellt.

Herr Gießwein stellt daraufhin in Frage und kritisiert, warum seit Jahren die Niederschriften genehmigt würden, wenn diese nicht mehr zu ändern seien, stellt erneut seine Änderungswünsche vor und erläutert diese.

Er werde die Änderungswünsche schriftlich einreichen und bittet, diese wortwörtlich in das Protokoll zur heutigen Sitzung aufzunehmen.

Notiz des Herrn Gießwein zum Protokoll:

Die Mitglieder der Fraktion B`90 / Die Grünen Schwelm haben Einwände gegen die Protokollierung zu TOP 12.2 der Niederschrift der Ratssitzung vom 06.07.2017. In der Diskussion ist mehrfach deutlich gemacht worden, dass Punkt 1 des Beschlussvorschlages vertagt werden soll was dann auch geschehen ist. Gleichzeitig ist dargestellt worden, dass uns ein Offenhalten der Standortfrage wichtig ist für den Fall deutlich höherer Kosten als bisher angenommen am Standort alte Brauerei. Der Teil „am Standort alte Brauerei“ würde aus Sicht der Mitglieder der GRÜNEN Fraktion aus dem weiteren Beschluss herausgenommen. Dies ist auch sachlogisch, eine Vertagung zu Beschluss 1 wäre ansonsten völlig unnötig gewesen. Einen Beschluss wie er protokolliert wurde hätten wir nie mitgetragen. Aus diesem Grund werden wir das vorliegende Protokoll ablehnen und diese Ausführungen zum Protokoll der heutigen Sitzung geben.

Nachdem der Rat nach den vorgetragenen Ausführungen des Herrn Gießwein die Genehmigung der Niederschrift zur Sitzung vom 06.07.2017 ablehnt, wird diese lediglich zur Kenntnis genommen.

6 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung

keine

7 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Herr Schweinsberg teilt hinsichtlich der Auslobung des „Sportplatzes“ an der Wilhelmshöhe mit, dass die Auslobungsfrist am 15.09.2017 ausgelaufen, jedoch kein Angebot eingegangen sei. Auch unter Berücksichtigung des Antrags der Fraktion B`90/Die Grünen werde das weitere Verfahren in den Fachausschüssen zu beraten sein.

Bezugnehmend auf die Anfrage der FDP-Fraktion vom 10.08.2017 zum Bahnhofsgebäude informiert Herr Schweinsberg, dass zwischenzeitlich ein Gespräch mit dem Eigentümer, auch unter Teilnahme der VER, stattgefunden habe. Der Eigentümer habe die Bauabnahme für den 20.10.2017 beantragt. Der Innenausbau werde bis dahin jedoch noch nicht abgeschlossen sein.

Frau Mollenkott ist erfreut, mitteilen zu können, dass die Konsolidierungshilfe des Landes nach dem Stärkungspaktgesetzes für 2017 in Höhe von 2,5 Mio. € heute Nachmittag überwiesen worden sei.

8 Zentralisierung

Frau Grollmann begrüßt die Initiatoren des Bürgerbegehrens Zentralisierung sowie Herrn Dr. Kersting von der Anwaltskanzlei Baumeister und Partner.

8.1 Zentralisierung der Stadtverwaltung am Standort "Alte Brauerei" 155/2017

Herr Kranz kritisiert die Aufhebung des Beschlusses über Vorlage 025/2016. Er halte eine Distanzierung von den ursprünglichen Plänen der Gustav-Heinemann-Schule (GHS) als Standort für eine zentralisierte Verwaltung für verfrüht. Zuerst müsse feststehen, was eine Zentralisierung auf dem Brauereigelände koste. Wenn die vermutlichen Kosten zu hoch seien, werde die Gustav-Heinemann-Schule als „Plan B“ benötigt.

Wenn sich eine Umsetzung nach Vorliegen konkreter Zahlen als möglich erweise, werde seine Fraktion die Aufhebung des Beschlusses mittragen.

Herr Gießwein erklärt, dass die Fraktion B'90/Die Grünen dem Beschlussvorschlag ebenfalls nicht zustimmen werde. Damit würden Fakten geschaffen, die noch nicht nötig seien. Seine Fraktion stehe weiter zu dem Vorhaben, mit hoffentlich großer Mehrheit die Zentralisierung am Standort Brauerei umzusetzen, jedoch nicht um jeden Preis. Wenn die Kostengrenze von 30 Mio. € überschritten werde, müsse neu überlegt werden, zumal die Zentralisierung ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung darstellen solle. Für den Fall dass die monetären Auswirkungen zu groß werden, müsse eine alternative Standortlösung vorhanden sein. Sicher könne der Beschluss aufgehoben und wieder neu gefasst werden. Dann aber müssten die Initiatoren des Bürgerbegehrens gegebenenfalls von vorne anfangen. Anders sei dies, wenn der Beschluss weiter ruhend bleibe.

Herr Schwunk teilt mit, dass auch die FDP-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde. Dieser sei, wenn man ihn richtig durchdenke falsch und risikobehaftet. Er könne nicht nachvollziehen, warum dieser heute gefasst werden solle und erkundigt sich, ob die Verwaltung für die GHS ein Nachfolgekonzept habe. Diese stehe mit 4,1 Mio. € in den Büchern und es müsse dann heute auch entschieden werden, was mit dieser Immobilie geschehen solle, wenn dieser Wert nicht erzielt werden könne. Noch bestehe die Möglichkeit, ohne dass große Kosten angefallen seien, aus der Planung auszusteigen, die sich Schwelm überhaupt nicht leisten könne.

Frau Burbulla erklärt, anderer Meinung zu sein. Die Fraktion DIE BÜRGER begrüße ein Vorankommen in dem Zentralisierungsvorhaben und strebe nun eine Entscheidung bezüglich des Standortes für das neue Rathaus an. Im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt werde sich der Projektsteuerer vorstellen. Damit werde für jeden greifbar, dass es voran gehe. Die Politik habe sich darauf verständigt und sich gemeinsam vorstellen können, das Rathaus mitten in der Stadt auf dem Brauereigelände zu errichten. Heute sei der Tag, Farbe zu bekennen. Im Übrigen sei ein Hauptanliegen der Bürgerinnen und Bürger, die Brache mitten in der Stadt zu beseitigen. Auch sie wolle das Vorhaben nicht um jeden Preis durchsetzen, aber auch ein heute gefasster Beschluss könne – falls erforderlich – wieder aufgehoben werden.

Herr Flüshöh teilt mit, dass die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag mittrage. Er sei sich relativ sicher, sich im vorgegebenen Rahmen bewegen zu können. Auch in Bezug auf den Standort GHS gebe es keine Kostensicherheit. Im Übrigen habe man für keinen Beschluss je einen „Plan B“ gehabt. Entscheidungen in dieser Größenordnung seien nicht einfach zu treffen, aber er denke, im Vorfeld so viel fundierte Informationen erhalten zu haben, dass der Beschluss heute guten Gewissens gefasst werden könne.

Herr Kick bestätigt, dass auch die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Dies hätten sie auch schon im Juni getan. Er gehe davon aus, dass die von der Politik gesetzten Eckpunkte eingehalten werden und hoffe auf ein entsprechendes heutiges Signal des Projektsteuerers. Im Übrigen werde der Standort GHS nach dem Ergebnis des Bürgerbegehrens und der öffentlichen Meinung ohnehin nicht gewünscht.

Herr Weidenfeld wendet ein, dass die GHS zwar Brandschutzgefährdet, jedoch nicht baufällig sei. Er sehe an erster Stelle das städtebauliche Konzept und nicht den Kostenrahmen. Ihm liege noch nicht ansatzweise ein Modell vor, wie der Bereich städtebaulich aussehen solle.

Frau Grollmann weist darauf hin, dass ein städtebauliches Konzept bereits im Gespräch sei.

Beschluss:

Der Beschluss des Rates der Stadt Schwelm vom 26.1.2016 (Vorlage 025/2016) zur Umsetzung der Zentralisierung der Stadtverwaltung am Standort der ehemaligen Gustav-Heinemann- Schule wird aufgehoben und nicht weiter verfolgt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	24
	dagegen:	10
	Enthaltungen:	-

8.2 Vorstellung des Projektsteuerers

Im Anschluss begrüßt Frau Grollmann die Vertreter der Firma Assmann, die den Auftrag der Projektsteuerung erhalten haben – vertreten durch Frau Zimmer, Herrn Selle und Herrn Bruske - und bittet sie um Vorstellung ihrer vorbereiteten

Präsentation zum Unternehmen selbst und der ersten Projektstufe der Zentralisierung des Rathauses (*Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt!*).

Nach erfolgter Präsentation bedankt sich Frau Grollmann für die vorgetragenen Ausführungen und gibt Gelegenheit zu Fragestellungen.

Herr Kranz erkundigt sich, ob am zentralen Standort auch versucht werde, die Fraktionsbüros unterzubringen und ob bereits geschätzte Kosten zu dem Projekt vorliegen. Frau Zimmer erklärt, dass ihr Vortrag zunächst einen groben Überblick dargestellt habe, aber selbstverständlich geprüft werden könne, die Fraktionsbüros dort einzugliedern. Zu den Kosten müsse die Verwaltung zunächst definieren, was sie am Standort brauche. Erst dann könne die Planung beginnen. Das Planungskonzept müsse dann auch zunächst mit den Planern abgestimmt werden. Erst in der Leistungsphase 2 werde eine Kostenanalyse erfolgen.

Herr Weidenfeld spricht erneut das städtebauliche Konzept an. Herr Bruske erklärt ebenfalls, dass zunächst die Vorgaben zu definieren seien, die natürlich in der Planung berücksichtigt werden. Letzten Endes entscheide der Rat, was genau er realisieren wolle. Dies werde in der Leistungsphase 2 geschehen.

Frau Grollmann bedankt sich nochmals für die vorgetragenen Ausführungen, dankt auch Herrn Dr. Kersting für sein Kommen und wünscht allen Gästen einen guten Heimweg.

- 9** **a) Jahresabschluss 2016 der Technischen Betriebe Schwelm AöR (nur Verwaltungsrat)** **106/2017**
b) Ausübung des Weisungsrechtes gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Finanzausschuss und Rat)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Schwelm macht von seinem Weisungsrecht gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung keinen Gebrauch.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig	31
	Enthaltungen:	3

- 10** **Einbringung der Haushaltssatzung sowie des Haushaltsplanes und des Haushaltssanierungsplanes für das Haushaltsjahr 2018** **141/2017**

Die Kämmerin Frau Marion Mollenkott trägt ihre diesjährige Haushaltsrede vor. (*Die Rede ist dem Protokoll als Anlage beigefügt!*).

Beschluss:

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 einschließlich des Haushaltsplanes mit Anlagen und des Haushaltssanierungsplanes wird zur Beratung an die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

11 Ausschussumbesetzung im Finanzausschuss 146/2017

Herr Flüshöh bittet, den Beschlussvorschlag um eine Ausschussumbesetzung der CDU-Fraktion im Finanzausschuss zu erweitern. Die bisher mit „N.N.“ ausgewiesene sechste Stellvertretungsposition soll mit Herrn Steuernagel besetzt werden.

Frau Grollmann ruft im Anschluss zur Abstimmung über den erweiterten Beschlussvorschlag auf.

Geänderter Beschluss:

Die nachstehend aufgeführte stellvertretende Ausschussbesetzung im Finanzausschuss wird beschlossen:

Gremium	bisher	neu	Funktion
Finanzausschuss	N.N.	Sabine Kummer-Dörner	2. Stellvertretung B'90/Die Grünen
<i>Finanzausschuss</i>	<i>N.N.</i>	<i>Rolf Steuernagel</i>	<i>CDU</i>

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

NB: Bürgermeisterin

12 Bürgeranregung nach § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) "Adressweitergabe an Bundeswehr - Widerspruch erleichtern" vom 18.07.2017 132/2017

Herr Gießwein kündigt einen ähnlich lautenden Antrag auf kommunaler Ebene an.

Beschluss:

Der Rat schließt sich den Ausführungen des Städte- und Gemeindebundes an und weist den Antrag zurück.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

- 13 Fortschreibung des Einzelhandelskonzepts 122/2017**
 - Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit
 - Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange

Der Tagesordnungspunkt 13 mit Vorlage 122/2017 wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

- 14 (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung 121/2017**
 gemäß § 60 Abs. 1, Satz 2 GO von überplanmäßigen Auszahlungen bei den Haushaltsstellen
 01.01.13/0090.785110 - "Hochbauinvestitionen eigene Sportstätten" und 01.01.13/0001.783100 - "Erwerb von Vermögensgegenständen > 410,- EUR"

Beschluss:

Die von der Bürgermeisterin und zwei weiteren Ratsmitgliedern am 8.8.2017 getroffene Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1, Satz 2 GO zur Bewilligung von überplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von weiteren 30.000 € bei der Haushaltsstelle 01.01.13/0090.785110 - „Hochbauinvestitionen eigene Sportstätten“ und in Höhe von 25.000 € bei der Haushaltsstelle 01.01.13/0001.783100 - „Erwerb von Vermögensgegenständen > 410 €“ wird genehmigt.

Die Deckung ist insgesamt durch Minderauszahlungen in Höhe von 55.000 € bei der Haushaltsstelle 01.01.13/0258.785110 - „Neubau BürgerServiceCenter mit Bücherei“ gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	Enthaltungen:	2

Herr Weidenfeld war während der Abstimmung nicht anwesend.

- 15 Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / 166/2017**
Auszahlungen im Produkt 06.03.08 -
Unterhaltsvorschussleistungen -

Herr Schweinsberg teilt mit, dass die Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen im Bereich der Unterhaltsvorschussleistungen bereits im letzten Controlling-Bericht angekündigt worden seien.

Die Ansätze seien für Politik und Verwaltung im Vorfeld nicht planbar gewesen, da – wie in der Vorlage dargestellt – die erforderliche gesetzliche Normierung erst im Laufe des Jahres erfolgt sei. Da es aber um eine Pflichtaufgabe handle, benötige die Verwaltung die genannten Mittel, um die Oktoberzahlungen an die Leistungsempfänger auszahlen zu können.

Herr Gießwein verweist auf die Möglichkeit, gegebenenfalls über eine Aufstockung des Personals die Heranziehungsquote zu erhöhen.

Frau Grollmann sichert zu, die Ergebnisse aus dem Arbeitskreis Controlling zu diesem Thema im nichtöffentlichen Teil des Hauptausschusses am 05.10.2017 zu beraten.

Beschluss:

Bei der Haushaltsstelle 06.03.08.533900 - "Sonstige soziale Leistungen" - werden überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2017 in Höhe von 190.000,00 EUR bewilligt. Die Deckung ist durch Mehrertrag in Höhe von 48.000,00 € bei der Haushaltsstelle 06.03.03.448102 – „Kostenerstattung vom Land (umA)“ sowie durch Minderaufwand in Höhe von 142.000,00 € bei der Haushaltsstelle 06.03.03.533200 – „Soziale Leistungen an natürliche Personen in Einrichtungen“ sichergestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Herr Weidenfeld war während der Abstimmung nicht anwesend.

16 Feststellung des Jahresabschlusses 2016 der Stadt Schwelm 133/2017

Vor Aufruf des nächsten Tagesordnungspunktes übergibt Frau Grollmann die Sitzungsleitung an Frau Sartor.

Herr Beckmann bezieht sich auf seine Ausführungen zur Differenz zwischen dem Endbestand der Liquidien Mittel zum Jahresende 2015 und dem Anfangsbestand zum 01.01.2016 in der Finanzrechnung und erläutert, warum er dies für eine fehlerhafte Darstellung halte und es als problematisch ansehe, heute über den Jahresabschluss Beschluss fassen zu sollen. Diese Fragestellung sollte noch beantwortet werden. Er erkundigt sich, ob weitere Erkenntnisse hierzu vorliegen.

Herr Schweinsberg informiert, dass in der Angelegenheit erneut Rücksprache mit dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes gehalten worden sei und die Darstellung von dort nicht als fehlerhaft angesehen und bemängelt werde. Aber für die Folgejahre werde natürlich eine Klärung angestrebt.

Herr Flühöh hebt lobend hervor, dass im Jahresabschluss ein Überschuss von 2,8 Mio. € ausgewiesen werde. Zudem seien Rückstellungen in Höhe von 1,5 Mio. € gebildet worden. Wenn man die geschulterte Belastung für die unterzubringenden Flüchtlinge hinzurechne, sei ein Überschuss von rd. 5 Mio. € erwirtschaftet worden. Hinzu komme, dass rd. 10 Mio. € Schulden abgebaut worden seien. Für ihn zeige dies, auf dem richtigen Weg zu sein. Er danke der Verwaltung, diesen Weg gemeinsam mit der Politik eingeschlagen zu haben. Die CDU-Fraktion trage den Beschluss mit.

Herr Schwunk gibt zu bedenken, dass dies eine Leistung der erfolgreichen Unternehmer gewesen sei, durch die die Stadt so hohe Gewerbesteuererinnahmen verzeichnen konnte und nicht der Verwaltung selbst.

Für Herrn Kick ist nachvollziehbar, dass Herr Schwunk die positiven Ergebnisse im Hinblick auf seine Positionierung zum Brauereigelände nicht gefallen und er versuche, diese negativ darzustellen.

Nach erfolgter Abstimmung über Vorlage 133/2017 übergibt Frau Sartor die Sitzungsleitung zurück an Frau Grollmann.

Beschluss:

1. Das vom Rechnungsprüfungsausschuss zusammengefasste Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses 2016 nebst Anhang und Lagebericht wird zur Kenntnis genommen.
Der geprüfte Jahresabschluss 2016 wird gem. § 96 Abs. 1 GO NRW mit einer Bilanzsumme in Höhe von 174.662.599,41 € und einem Jahresüberschuss in Höhe von 2.826.795,87 € festgestellt.
2. Der Bürgermeisterin wird für den Jahresabschluss 2016 die uneingeschränkte Entlastung erteilt.
3. Der Jahresüberschuss 2016 in Höhe von 2.826.795,87 wird mit einem Teilbetrag in Höhe von 2.307.957,41 € der Ausgleichsrücklage und mit einem weiteren Teilbetrag in Höhe von 518.838,46 € der Allgemeinen Rücklage zugeführt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

17 Einbringung des Entwurfs des Gesamtabchlusses 2010 der Stadt Schwelm 134/2017

Beschluss:

Der Entwurf des Gesamtabchlusses 2010 der Stadt Schwelm wird zur Kenntnis genommen und zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weitergeleitet.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

18 Aufnahme des DEHOGA Westfalen - Hotel- und Gaststättenverbandes Westfalen e.V. als Gesellschafter der Wirtschaftsförderungsagentur Ennepe-Ruhr GmbH (EN-Agentur) 140/2017

Beschluss:

Der Übertragung der ehemaligen Gesellschafteranteile des Ennepe-Ruhr-Freizeit- und Tourismusverbandes e.V. an der Wirtschaftsförderungsagentur Ennepe-Ruhr GmbH (EN-Agentur) in Höhe von 1.100,00 € an den DEHOGA Westfalen - Hotel- und Gaststättenverband Westfalen e.V. wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

- 19 Einführung eines Dokumentenmanagementsystems (DMS); Absichtserklärung zur Beteiligung am Kompetenzzentrum Witten im Rahmen einer Interkommunalen Zusammenarbeit - Letter of Intent - 143/2017**

Kenntnisnahme festgestellt

- 20 Erlass einer Benutzungsgebührensatzung für das Gebäude Kaiserstr. 69 147/2017/1**

Herr Schweinsberg teilt mit, dass der Vorlagentext auf Basis der Beratungen im Finanzausschuss durch ersatzlose Streichung des § 1 Abs. 2 der Satzung geändert worden sei. Im Rahmen der Nutzungsänderung des Gebäudes Kaiserstraße 69 habe das Finanzamt auf Antrag der Stadt Schwelm den Einheitswert neu ermittelt und aufgehoben. Damit entfalle die Verpflichtung zur Zahlung der Grundsteuer.

Beschluss:

Die als Anlage 1 zu dieser Sitzungsvorlage beigefügte Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Schwelm zur Unterbringung von Flüchtlingen und Obdachlosen im Gebäude Kaiserstr. 69 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

- 21 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 20.07.2017 – „Neuerrichtung des Ibachsteg“ 125/2017**

Der Tagesordnungspunkt 21 mit Vorlage 125/2017 wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

- 22 Bewirtschaftung der Sportanlage "An der Rennbahn" 153/2017**

Der Tagesordnungspunkt 22 mit Vorlage 153/2017 wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

23 Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung

Herr Beckmann spricht die häufigen Geschwindigkeitsüberschreitungen im Bereich der Gartenstraße / Schulstraße an. Hier habe er des Öfteren sogenannten „Raser-Tourismus“, häufig von Wuppertaler Fahrzeugen, beobachtet. Seinerzeit sei eine Verkehrszählung vorgesehen gewesen, über dessen Ergebnis die Politik informiert werden sollte.

Herr Schweinsberg ist der Meinung, über das Ergebnis berichtet zu haben. Wenn Herr Beckmann die Feststellung aktuell erneut gemacht habe, werde die Verwaltung – wie auch schon beim letzten Mal – dem Kreis Mitteilung geben.

Herr Dr. Bockelmann erkundigt sich nach der Dauer der Sperrung der Beyenburger Straße. Herr Schweinsberg versucht, hierzu eine Antwort zu erhalten und wird diese per Fraktionspost weiterleiten.

Sitzungsunterbrechung von 19:02 Uhr – 19:10 Uhr

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 16 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 07.12.2017	Schriftführerin gez. Söhner	Die Bürgermeisterin gez. Grollmann
-------------------------	-----------------------------------	--